REGULIERUNGSKOSTEN – Gewerbeparlamentarier reichen Motion ein.

Bundesrat soll für Klarheit sorgen

Vor zwei Wochen hat der sgv-Kongress in Lugano eine Resolution verabschiedet, die eine Senkung der Regulierungskosten verlangt. Die Aufwände für administrative Belastungen, die Einhaltung der Rechtsnormen sollen damit bis 2018 um 20 Prozent bzw. zehn Milliarden Franken gesenkt werden. Um diesen komplexen Prozess in Gang zu setzen, braucht es aber eine genaue Bestandesaufnahme dieser Kosten. Als ersten Schritt haben deshalb der sgv-Präsident und Nationalrat Bruno Zuppiger sowie sgv-Vorstandsmitglied und Ständerat Jean-René Fournier eine gleichlautende Motion eingereicht. Damit wird der Bundesrat beauftragt, bis Ende 2011einen Bericht zur Messung der staatlichen Regulierungskosten in den Schweizer Unternehmen vorzulegen.

Für Bruno Zuppiger ist klar: «Wir dürfen nicht so weitermachen. Die Regulierungskosten steigen laufend, obschon die Überprüfung der Wirksamkeit der Massnahmen des Bundes im Artikel 170 der Bundesverfassung verankert ist. Den KMU verursachen

sgv-Präsident Bruno Zuppiger: «Wir brauchen zuverlässiges Zahlenmaterial.»

die aus den Regulierungen hervorgehenden Pflichten nicht nur Zeitverluste und zusätzliche finanzielle Kosten, sondern sie bremsen auch das Wirtschaftswachstum und schwächen die internationale Wettbewerbsfähigkeit.» Um diesen Trend umzukehren, müsse die Regulierungslast transparent sein. «Heute fehlt aber zuverlässiges Zahlenmaterial», betont der sgv-Präsident. Schätzungen aufgrund einer wissenschaftlichen Studie im Auftrag des sgv haben kürzlich ergeben, dass die Regulierungskosten möglicherweise über 50 Milliarden Franken betragen könnten (vgl. sgz Nr. 21 vom 28. Mai). *Lu*